



Abb.: Christel Immischer

FÜR FREIE WISSENSCHAFT IN EINER DEMOKRATISCHEN GESELLSCHAFT

**GEMEINSAME ERKLÄRUNG DES INSTITUTS FÜR POLITIKWISSENSCHAFT
DER PHILIPPS-UNIVERSITÄT MARBURG**

FÜR FREIE WISSENSCHAFT IN EINER DEMOKRATISCHEN GESELLSCHAFT

**GEMEINSAME ERKLÄRUNG DES INSTITUTS FÜR POLITIKWISSENSCHAFT
DER PHILIPPS-UNIVERSITÄT MARBURG
WILHELM-RÖPKE-STRASSE 6G
35032 MARBURG**

FEBRUAR 2019

In den vergangenen Jahren sahen wir - Professor*innen, Dozent*innen, Forschende, Studierende und administrative Angestellte des Instituts für Politikwissenschaft - uns an der Universität und in der Stadt Marburg mit Aktionen aus dem extrem rechten Spektrum konfrontiert. Wir beobachten eine größere Sicherheit „neurechter“ Gruppen und extrem rechts organisierter Studierender - auch an unserem Institut und in unseren Seminaren. Diese Präsenz sehen wir im Kontext eines Rechtsrucks in öffentlichen, nicht parlamentarischen Debatten und in sozialen Medien, in denen **rassistische, antisemitische, antifeministische und antidemokratische** Positionen an Raum und Einfluss gewinnen. Zunehmend übersetzen sich diese Positionen in subtile Diskriminierung, verbale Attacken und gewaltsame Angriffe gegen all jene, die nicht in ein rechtes, völkisches oder gar faschistisches Weltbild passen.

Die vermehrte Sichtbarkeit autoritär-rechter Akteur*innen und der Rechtsruck im öffentlichen Diskurs in Deutschland sowie anderen europäischen und außereuropäischen Ländern gefährden die Chancen, demokratische und egalitäre Gesellschaften zu realisieren. Auch Universitäten bleiben von diesen Entwicklungen nicht unberührt. Gesellschaftskritische Wissenschaftler*innen, etwa aus den Gender Studies, werden in Deutschland zunehmend Ziel **radikal rechter** Kampagnen. In Ungarn wurde die Geschlechterforschung von der Regierung faktisch abgeschafft. Auch in Österreich und Italien geraten Gender Studies durch radikal rechte Regierungsparteien unter Druck. In der Türkei wurden nach dem gescheiterten Putsch von Teilen des Militärs im Juli 2016 tausende regierungs- und gesellschaftskritische Akademiker*innen entlassen und hunderte ins Exil getrieben.

Diese gesellschaftliche Konstellation nehmen wir zum Anlass darauf hinzuweisen, dass freie Wissenschaft und demokratische Gesellschaft fundamental aufeinander angewiesen sind. Zur Demokratie gehört konstruktiver Streit. Menschenverachtende und faschistische Positionen können allerdings nicht Teil eines solchen Streits sein. Demokratie ist nicht auf Verfahren zu reduzieren. Als gemeinsame Selbstbestimmung freier und gleicher Menschen über ihre Geschicke und ihre Geschichte ist sie fundamental unvereinbar mit Ideologien der Ungleichheit und der **Menschenfeindlichkeit**, die Einzelne oder Gruppen abwerten, ausgrenzen und entrechten. Als Lebensform beruht sie auf materiellen Bedingungen, die Menschen erst befähigt, ohne Angst verschieden zu sein und sich doch in Gleichheit zu begegnen.

Universitäten kommt eine wichtige Rolle dabei zu, solche demokratischen Verhältnisse zu ermöglichen. Als Angehörige der Universität Marburg nehmen wir die uns hieraus erwachsende Verantwortung ernst. Wir bekräftigen unsere Verpflichtung autoritären, rassistischen, antisemitischen und antifeministischen Äußerungen und Praktiken entschieden entgegenzutreten und bekennen uns zu Demokratie, Freiheit, Gleichheit und Antidiskriminierung. Wir verteidigen die kritische Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Natur-, Macht- und Herrschaftsverhältnissen als fundamentalen Bestandteil der Freiheit von Forschung und Lehre. In diesem Sinne rufen wir die Angehörigen der Universität Marburg - Studierende, Dozent*innen, Forschende und andere Kolleg*innen - auf, sich gegen **Ideologien der Ungleichheit** zu positionieren und den aus diesen Weltanschauungen folgenden Handlungen mit **Zivilcourage** zu begegnen.